

Europa

Europawahlprogramm der SPD – Bewertung durch die vbw

Position
Stand: April 2019

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Fokussierung der SPD auf Sozialpolitik gefährdet den wirtschaftlichen Erfolg Europas

„Kommt zusammen und macht Europa stark!“ – so lautet der Titel des Programms der SPD zur Europawahl Ende Mai 2019. Schon der Titel stellt unmissverständlich klar, dass sich die SPD deutlich zu Europa bekennt. Die Sozialdemokraten fordern, wie auch die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., eine stärkere europäische Zusammenarbeit in den Bereichen Außenpolitik und Verteidigung. Abgesehen davon finden sich in dem Programm aber wenig Gemeinsamkeiten zwischen SPD und vbw. Die SPD will ein Europa der Umverteilung, das sich in allererster Linie um den Ausbau der Sozialstandards und der Sozialpolitik kümmert. Die diesbezüglichen Vorschläge würden die Bürokratiebelastung der Unternehmen in Europa weiter nach oben treiben, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft schwächen und massiv gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen. Zudem setzen die Sozialdemokraten auf eine wirtschafts- und industrie-feindliche Verschärfung der CO₂-Klimaziele. Das kann nicht der richtige Ansatz für Europa sein. Die vbw setzt sich ein für ein starkes, schlankes, stabiles und wirtschaftlich erfolgreiches Europa. Mit den Vorschlägen der SPD wird ein solches Europa bestimmt nicht zu erreichen sein.

Bertram Brossardt
01. April 2019

Inhalt

1	Pro-Europäische Ausrichtung	1
2	Schlankes Europa	2
3	Stabiles Europa	3
4	Den Binnenmarkt vollenden	5
5	Arbeit und Soziales	8
6	Energie und Klimapolitik	11
7	Steuerpolitik	12
8	Industrie stärken	14
9	Internationale Handelspolitik	16
10	Migration	17
11	Bildung	18
	Ansprechpartner / Impressum	21

1 Pro-Europäische Ausrichtung

Die SPD bekennt sich im Wahlprogramm klar zu Europa

Die SPD betont in ihrem Europawahlprogramm, dass angesichts des erstarkten Populismus und Nationalismus die Klarheit in der Überzeugung, der Mut im politischen Handeln und die Bereitschaft, Europas Einheit zu verteidigen, wichtiger seien als je zuvor. Um große Zukunftsaufgaben meistern zu können, bräuchten wir Europa. Die Sozialdemokraten unterstreichen, dass ein starkes Europa im ureigenen Interesse Deutschlands liegt. Das begrüßen wir. Investitionen in den europäischen Zusammenhalt seien die beste Grundlage für eine gute Zukunft in Deutschland. Aus der Aussage „Die europäische Idee bleibt der bedeutendste politische und zivilisatorische Fortschritt des vergangenen Jahrhunderts“ ist die pro-europäische Ausrichtung der SPD klar ersichtlich, ebenso aus der Forderung nach dem Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im Ministerrat der EU, die wir allerdings in dieser uneingeschränkten Form ablehnen, z. B. in der Sozialpolitik.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Gemeinsame europäische Außenpolitik; Stärkung des internationalen Abrüstungsregimes, Fortentwicklung des Amtes des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat, Forderung nach einem zivilen „Europäischen Stabilisierungscorps“, gemeinsame parlamentarisch kontrollierte europäische Armee, Schaffung eines Verteidigungsausschusses im Europäischen Parlament, Aufbau einer gemeinsamen Beschaffungspolitik	Zustimmung

2 Schlankes Europa

SPD hält wenig vom Subsidiaritätsprinzip und legt keinen Wert auf den Bürokratieabbau

Das Wahlprogramm der SPD macht deutlich, dass die Partei – im Gegensatz zur vbw – wenig von einem schlanken Europa und vom Subsidiaritätsprinzip hält. Die Sozialdemokraten machen viele Vorschläge, insbesondere im Bereich Arbeit und Soziales, für die die EU keine Regelungskompetenz hat. Die Folge sind Eingriffe in nationale Souveränität und in vielen Fällen zusätzliche Bürokratie sowie zusätzlicher Aufwand für die Unternehmen. Vorschläge zum Bürokratieabbau sind in dem Programm so gut wie nicht zu finden.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Vorhaben zur Ausweitung sozialpolitischer Vorschriften	Abzulehnen (ausführliche Bewertung siehe Kapitel 5)
Stärkung der Tarifbindung durch künftig besonders positive Berücksichtigung der Tariftreue im Ausschreibungs- und Vergabeverfahren	Abzulehnen

3 Stabiles Europa

Die SPD setzt grundsätzlich auf hilfreiche Maßnahmen, die Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten kommt allerdings zu kurz

Mit Vorhaben wie einer gemeinschaftlichen Letztsicherung der Banken in der EU und einem Europäischen Währungsfonds unterstützt die SPD Vorhaben zur Stabilisierung der EU. Ein gemeinsames Budget für die Eurozone wirkt in diese Richtung, wenn es auf Investitionsimpulse speziell in Schwächephasen beschränkt bleibt. Die von der SPD entwickelten weitergehenden Erwartungen würden zu Fehlanreizen und Dauertransferansprüchen führen, die es zu vermeiden gilt. Noch viel stärker in diese Richtung würde der Anspruch führen, aus der EU heraus die Lebensbedingungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten anzugleichen. Das muss zentrale Verantwortung der Mitgliedsstaaten bleiben, ergänzt durch gezielte Innovationimpulse, für die die EU ihre Möglichkeiten besser nutzen sollte. Über das BIP-Wachstum hinausgehende höhere Beiträge der Mitgliedstaaten sind nur vertretbar, wenn entsprechende Aufgaben übertragen werden, die auf EU-Ebene besser aufgehoben sind als auf nationaler. Sie dürfen nicht zu höheren nationalen Steuerlasten führen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Höhere Beiträge Deutschlands zum EU-Haushalt	Kritisch. Über die Wachstumsrate des BIP hinaus sind Beitragssteigerungen nur im Zuge echter Aufgabenübertragung auf die EU vertretbar.
Finanzierung der Angleichung der Lebensbedingungen in der EU u. A. durch Einnahmen aus der Finanztransaktionsteuer	Ablehnung. Eine Finanztransaktionsteuer richtet mehr Schaden an als sie Nutzen stiften kann. Zur Angleichung der Lebensbedingungen muss die EU vorhandene Instrumente schärfen und Ausgabenschwerpunkte stärker auf Innovationspotenziale ausrichten.
Entlastung der nationalen Haushalte durch Ausbau der Europäischen Öffentlichen Güter, finanziert aus dem EU-Haushalt	Weitgehende Ablehnung. Das Vorhaben führt zu einer umfassenden Aufgabenschiebung auf die EU. Die EU hat an der Stelle, von gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik abgesehen, einen wichtigen koordinierenden Auftrag, aber keine haushaltswirksame Umsetzungsaufgabe.
Gemeinsames Budget für die Eurozone, Ziel: mehr Investitionen, Produktivitäts-	Kritisch. Ein Eurozonen-Budget kann sinnvoll sein, darf aber nur eingeführt

Stabiles Europa

steigerungen, Anpassung der Wettbewerbsfähigkeit – Mittelverwendung auch und gerade in Schwächephasen	werden, wenn es keine Dauertransferansprüche begründet, Hilfen zurückgezahlt werden und das Instrument nicht zum Anlass von Steuererhöhungen in starken Mitgliedsstaaten wird. Das ist bisher nicht gesichert.
Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu Europäischem Währungsfonds (EWF) weiterentwickeln – Ziel: Hilfe vor der Krise	Zustimmung; zentral ist, dass die Auflagen nicht aufgeweicht werden.
Weitere Vertiefung der Bankenunion, u. A. gemeinsame Letztsicherung für den Bankenabwicklungsfonds	Zustimmung zur Letztsicherung. Eine gemeinsame europäische Einlagensicherung wäre dagegen abzulehnen, solange dazu auf nationaler Ebene Hausaufgaben offen sind

4 Den Binnenmarkt vollenden

In diesem Bereich gibt es im Programm der SPD Licht und Schatten

Die SPD will zwar eine starke Wirtschaft, die Digitalisierung als Chance begreift und aktiv gestaltet, gleichzeitig aber „konsequente Regulierung“. Positiv ist, dass verschiedene Potenziale der digitalen Transformation gesehen und massive europäische Investitionen in diese Zukunftstechnologien befürwortet werden. Auch der weitere – überwiegend privatwirtschaftlich getragene – Ausbau der digitalen Infrastruktur ist zentral. Kritisch ist dagegen, dass die SPD eine europäische Digitalsteuer jedenfalls hilfsweise vorantreiben will. Mit den geplanten Eingriffen in die Datenbestände von US-Unternehmen schießt sie weit über das Ziel hinaus. Viele der weiteren Forderungen entsprechen dem, was ohnehin bereits angelegt oder sogar geregelt ist (z. B. Transparenz auf Online-Marktplätzen, Bemessung von Bußgeldern am Umsatz).

Die SPD will die Zukunft der Mobilität europäisch regeln. Positiv ist der Ansatz, moderne Mobilitätspolitik müsse sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden. Auch Technologieoffenheit ist positiv. Problematisch ist, dass Maßnahmen wie ein kostenloser ÖPNV in Aussicht gestellt werden, ohne die Finanzierung anzusprechen.

Die SPD will den Umweltschutz in Europa voranbringen. Zu begrüßen ist der Ansatz, dass es um den Zugang zu sauberem Wasser, um fruchtbare und gesunde Böden und eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt geht. Differenziert zu beurteilen ist der von der SPD geforderte Ausstieg aus der Wegwerfgesellschaft: zwar sind nachhaltige Produkte, weniger überflüssige Verpackungen und hochwertiges Recycling wichtige Punkte, doch es ist auch zu beachten, dass Kunststoffe einen wichtigen Beitrag zu Energie- und Materialeinsparungen leisten und einen integralen Bestandteil der europäischen Wertschöpfung und Innovationskraft darstellen.

Vorhaben

vbw Bewertung

„Wir werden (...) verhindern, dass Datensätze weiterhin von einigen Monopolkonzernen exklusiv verwertet werden. Dafür verpflichten wir sie, ihre vollständig anonymisierten und nicht-personenbezogenen Daten zu teilen und öffentlich zugänglich zu machen. Zudem werden wir Anreize für gemeinsame Datenpools schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, auf freiwilliger Basis Daten zu teilen.“

Eine möglichst breite Datenbasis ist tatsächlich entscheidend für neue Anwendungen insbesondere aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz. Auch die vbw tritt daher für Open (Public) Data und die Erleichterung freiwilliger Lösungen wie gemeinsame Datenpools ein. Zwang gegenüber Unternehmen ist jedoch der falsche Weg: Vermögenswerte würden vernichtet, Geschäftsgrundlagen in Frage gestellt. Ob eine solche Aktion im Sinne der Verbraucher wäre, bleibt außerdem dahingestellt: falls die angesprochenen US-Konzerne trotzdem in Europa ihre Leistungen anbieten würden,

Den Binnenmarkt vollenden

wäre kaum damit zu rechnen, dass das Angebot für den Verbraucher kostenfrei bliebe. Insbesondere im Fall von Facebook ist schließlich höchst fraglich, wie hier eine interessengerechte anonymisierte Offenlegung überhaupt aussehen könnte.

Beschäftigtendatenschutz soll europaweit modernisiert werden; Vertraulichkeit der Kommunikation soll besser geschützt werden; ebenso Schutz vor unerwünschter Werbung und Tracking

Wir hatten bei den Verhandlungen zur DSGVO gefordert, den Beschäftigtendatenschutz EU-weit einheitlich zu regeln. Es kommt allerdings entscheidend auf die Inhalte an. Wichtig ist, dass damit nicht Innovationen blockiert werden und ein angemessener Ausgleich gefunden wird. Der Schutz der Vertraulichkeit ist bereits ausreichend, Werbung muss weiterhin möglich bleiben.

Wir stärken die Investitionen, v. a. in den Bereichen, die einen echten europäischen Mehrwert bringen, etwa im Bereich der Netzwerkindustrien. Mehr Geld für mehr Forschungsspitze und Forschungsbreite

Höhere F+E Investitionen auf EU-Ebene und in den Mitgliedsstaaten halten wir ebenfalls für richtig. Wichtig sind dabei auch die richtigen Schwerpunkte, von denen das Programm zumindest die KI nennt.

Mobilität

Europäische Verkehrsachsen stärken und ausbauen

Zustimmung

Gleichberechtigung von Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV, neuen Mobilitätsangeboten und motorisiertem Individualverkehr. Nachholbedarf in der Entwicklung der Infrastruktur für ÖPNV, Fuß- und Radverkehr schrittweise beseitigen

Zwar positiv, dass Infrastruktur insbesondere für den ÖPNV verbessert werden soll, aber unklar, was mit Gleichberechtigung gemeint ist

Förderung urbaner sauberer Mobilitätskonzepte; kostenloser bzw. deutlich kostengünstiger und ökologisch orientierter Nahverkehr

Die Frage der Finanzierung wird nicht beantwortet.

Verkehrswende einleiten: Neben ambitionierten Grenzwerten verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Antriebstechnologien und

Ambitionierte Grenzwerte: Die aktuellen EU-Vorgaben zu CO₂-Grenzwerten für Pkw stellen bereits eine starke Belastung im internationalen Wettbewerb dar. Auch die

Den Binnenmarkt vollenden

Produktionsprozesse. Infrastrukturoffensive für die Elektrifizierung, Vernetzung und Nutzerfreundlichkeit aller Verkehrsträger.	klassischen Antriebstechnologien behalten ihre Berechtigung.
---	--

Einsatz alternativer Kraftstoffe stärker nutzen	Zustimmung
---	------------

Transformation der Leitbranche Automobil begleiten und gestalten Europa muss weiter seine Technologiefähigkeit unter Beweis stellen.	Technologieoffenheit ist positiv, konkrete Ansätze fehlen allerdings noch.
--	--

Umweltpolitik

Die SPD will dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende bereiten. Ein eigenständiger EU-Naturschutzfonds soll Landnutzern und -nutzerinnen wie z. B. landwirtschaftlichen Betrieben finanzielle Anreize für mehr Naturschutz geben.	Biologische Vielfalt zu schützen und zu fördern sowie ihre Bestandteile nachhaltig zu nutzen, ist zwar sinnvoll. Doch dem freiwilligen, flexiblen und kooperativen Naturschutz ist dabei Vorrang einzuräumen. Es wird nichts zur Finanzierung eines EU Naturschutzfonds gesagt.
---	---

Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung der Plastikmüllinträge bis zum Jahr 2030. Dafür sind ambitionierte Maßnahmen der Ressourcenschonung und Müllvermeidung, der Abfallbewirtschaftung und der ökologischen Produktentwicklung nötig.	Voraussetzungen für einen Ausbau der europaweiten Kreislaufführung von Kunststoffen sind flächendeckend etablierte und hochwertige Strukturen für die möglichst sortenreine und praktikable Abfallsammlung, die Sortierung und die Verwertung solcher Abfälle. Dabei gibt es in vielen Mitgliedstaaten der EU erhebliche Verbesserungspotenziale. Es muss der einheitliche Vollzug des bestehenden EU-Rechts zur Kreislaufwirtschaft sichergestellt werden, um ein gemeinsames Niveau für einen fairen Wettbewerb bei der Behandlung von Kunststoffabfällen zu erreichen und um hochwertige Recyclingmaterialien erzeugen und vermarkten zu können.
--	---

5 Arbeit und Soziales

Die Fokussierung auf Verbesserung bei Sozial- und Arbeitsstandards gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der EU

Die SPD legt in ihrem Wahlprogramm einen starken Fokus auf die Stärkung der Sozial- und Arbeitsstandards innerhalb der EU und will die sozialen Rechte den Grundfreiheiten in der EU gleichstellen. So soll ein Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Sicherheit erreicht werden.

Geplant ist hierzu, die Europäische Säule Sozialer Rechte (ESSR) in eine verbindliche europäische Sozialagenda umzusetzen. Dieses und die weiteren geplanten Vorhaben zur Stärkung der Sozial- und Arbeitsstandards in der EU sind abzulehnen. Erstens besitzt die EU im Bereich der Sozialpolitik lediglich stark eingeschränkte Kompetenzen, die immer nur dann zum Tragen kommen, wenn der Binnenmarkt durch eine Harmonisierung von Regelungen gestärkt wird. Die verbindliche Umsetzung einer europäischen Sozialagenda überschreitet klar die Kompetenzen der EU und verletzt den Subsidiaritätsgrundsatz. Die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme ist Aufgabe der Mitgliedstaaten und kann durch die historisch unterschiedlichen Ausprägungen nicht EU-weit einheitlich vorgegeben werden. Zweitens wird die Wettbewerbsfähigkeit der EU durch eine weitere pauschale Anhebung der Sozial- und Arbeitsstandards bedroht. So werden die wirtschaftliche Konvergenz und damit der soziale Fortschritt innerhalb Europas gefährdet.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Verbindliche europäische Sozialagenda zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR)	Das Vorhaben ist abzulehnen. Die ESSR hat zu Recht keinen verbindlichen Status, sondern den Charakter einer Empfehlung.
Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und länderspezifische Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten	Abzulehnen, da Kompetenzüberschreitung (Arbeitsentgelt ist von der Regelungszuständigkeit der Union ausdrücklich ausgeschlossen).
Einführung eines europäischen Fonds als Rückversicherung für die Finanzierung von Sozialleistungen.	In der skizzierten Form abzulehnen, da klare Kriterien fehlen, wann ein solcher Fonds greifen soll.
Adäquate Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme in allen EU-Staaten durchsetzen	Abzulehnen. Die EU-Kommission besitzt keinerlei Kompetenzen zur Ausgestaltung nationaler sozialer Sicherungssysteme.
Europäischer Standard für die Mindestvergütung von Solo-Selbstständigen	Abzulehnen. Die EU besitzt hierzu keine Regelungskompetenz.

Sozial- und Arbeitsschutzstandards stärken	Die EU verfügt schon heute über ein hohes Maß an Sozial- und Arbeitsschutzstandards. Eine weitere Stärkung in diesen Bereich gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit Europas.
ELA zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping stärken	Die ELA sollte maximal bezüglich ihrer Beratungs- und Unterstützungsleistung für Unternehmen bei Fragen der Entsendungen gestärkt werden. Es besteht keine Notwendigkeit, eine europäische Sozialversicherungsnummer einzuführen. Vielmehr gilt es, den sicheren und schnellen europa-weiten Austausch zwischen den Sozialversicherungsträgern durch elektronische Lösungen zu verbessern.
Schließen der Lohn- und Rentenlücke durch Vereinbarung verbindlicher Ziele und ein EU-weites Lohnrechtsgesetz	Abzulehnen. Ausschlaggebend für Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern sind die Berufswahl und Erwerbsunterbrechungen durch Familienzeiten. An diesen Punkten lassen sich aber durch gesetzgeberischen Ansätze keine Änderungen erzielen.
Einführung einer EU-weiten Quote für Frauen in Aufsichtsräten	Abzulehnen: Eine Quote ist nicht der richtige Weg, um eine bessere Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen zu erreichen. Die Besetzung einer Position muss nach dem Kriterium der individuellen Eignung und Leistungsfähigkeit erfolgen, nicht nach der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht. Wichtig ist, dass für alle Arbeitnehmer Chancengleichheit besteht. Hierfür muss insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden, um lange Erwerbsunterbrechungen zu verhindern.
Ahndung von Rechtsverstößen im Arbeitsrecht	Abzulehnen; Arbeitsrecht ist in der Regel Zivilrecht, dessen Durchsetzung den Vertragsparteien überlassen bleibt. Dazu steht der Rechtsweg zu den (Arbeits-)Gerichten offen. Ein polizeikontrolliertes Arbeitsrecht wäre systemwidrig.

Digitale Arbeitswelt: Klare Regulierung von Arbeitszeit	Abzulehnen: Die Digitalisierung ist eine Chance für alle. Sie zu nutzen liegt im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Ein moderner Rechtsrahmen muss dazu gesetzliche Spielräume schaffen – auch mit Blick auf neue digitale Geschäftsfelder. Zusätzliche Möglichkeiten, die Arbeit flexibler zu gestalten, erfordern auch eine höhere Eigenverantwortlichkeit der Arbeitnehmer. Die Grenze zwischen der Schutzpflicht des Staates und der Selbstverantwortung der Arbeitnehmer muss daher im Interesse der Flexibilisierung neu gezogen werden. Ohne diese Anpassungen des Rechtsrahmens werden Teile unserer arbeitsrechtlichen Ordnung von der betrieblichen Realität überholt oder künftig die Tätigkeiten dort erfolgen, wo bereits ein entsprechender Rechtsrahmen besteht.
<hr/>	
Europäischer Standard für die Mindestvergütung von Solo-Selbstständigen	Abzulehnen. Die EU besitzt hierzu keine Regelungskompetenz.
<hr/>	
Sofortprogramm, das jeder und jedem unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz garantiert und damit eine berufliche Perspektive eröffnet	Eine verordnete Ausbildungsplatzgarantie geht an der betrieblichen Realität und jener der Jugendlichen vorbei. Wesentliche Voraussetzung ist ein Matching von Ausbildungs- und Arbeitsmarktbedarf sowie den Interessen und Fähigkeiten der Jugendlichen. Andernfalls ist die Perspektive nur eine scheinbare.

6 Energie und Klimapolitik

Die SPD setzt auf eine industrie-feindliche Verschärfung der Klimaziele, die Stärkung des EU-Energiebinnenmarkts ist aber zu begrüßen

Eine Verschärfung der europäischen Klimaziele, wie von der SPD gefordert, ist unrealistisch und gefährdet den europäischen Industriestandort. Das Ziel „Klimaneutralität bis 2050“ würde zu erheblichen Verwerfungen für die Wirtschaft und letztlich zur Deindustrialisierung führen. Richtig ist es dagegen, den europäischen Energiebinnenmarkt durch den Ausbau der Infrastruktur zu stärken. Dies ist eine wichtige Säule für unsere Versorgungssicherheit und dient der Integration der erneuerbaren Energien.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Verschärfung der europäischen Klimaschutzziele (-45 Prozent bis 2030, Treibhausgasneutralität bis 2050)	Die bisherigen Klimaschutzziele der EU sind bereits sehr ambitioniert. Eine Verschärfung würde dem europäischen Wirtschaftsstandort erheblichen Schaden zufügen. Ein „Fonds für faire Transformation“ greift zu kurz: Umverteilung und Transferleistungen können keine starke Industrie am Standort ersetzen.
Einführung eines CO ₂ -Preises im Non-ETS-Bereich	Grundsätzlich kann ein CO ₂ -Preis eine technologieoffene Lösung zur wirtschaftsverträglichen Erreichung der Klimaziele darstellen. Bei seiner Einführung ist jedoch eine internationale Abstimmung dringend erforderlich, wenn der Industriestandort nicht gefährdet werden soll. Im Gegenzug muss zudem eine Überarbeitung des deutschen Systems an Steuern, Umlagen und Abgaben stattfinden. Es darf keine Zusatzbelastungen für die deutschen Unternehmen geben.
Stärkung des europäischen Energiebinnenmarkts durch Ausbau der Infrastruktur	Ein leistungsfähiger gesamteuropäischer Stromaustausch ist eine wichtige Säule für unsere Versorgungssicherheit. Dies muss in Deutschland endlich zu einem beschleunigten Netzausbau (insbesondere HGÜ-Leitungen) führen.

7 Steuerpolitik

Ansätze der SPD sind weniger belastend als früher, reichen aber nicht aus, um eine zukunftsgerechte EU-Steuerpolitik zu gestalten

Die SPD nimmt bisherige Positionen vorsichtig zurück: Die Reichweite der Besteuerung der digitalen Wirtschaft soll eingeschränkt, die Finanztransaktionsteuer auf Aktien begrenzt werden. Das geht in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus – die Vorhaben müssen aufgegeben werden, speziell auf dem Feld der digitalen Wirtschaft auch, um die EU in internationalen Verhandlungen nicht zu schwächen, denn die vorgesehene Besteuerung trifft EU-Unternehmen ggf. härter als solche aus den USA.

Länderbezogene Steuerdaten von Unternehmen will die SPD nicht mehr an die Öffentlichkeit, sondern nur noch der EU-Kommission zugänglich machen. Das kann der Kommission helfen, ihr Verständnis steuerlicher Zusammenhänge weiterzuentwickeln und damit sachgerechter arbeiten zu können. Allerdings muss das Steuergeheimnis gesichert sein.

Die SPD fordert weitere Maßnahmen gegen Steuerflucht. Hierzu wurde zuletzt außerordentlich viel auf den Weg gebracht, das jetzt sukzessive zum Tragen kommt und vor Einleitung weiterer Schritte evaluiert werden muss.

Die von der SPD angestrebte Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen ist nicht angebracht. Die Einstimmigkeit erschwert zurecht umverteilungsorientierte Steuerpolitik und unverträgliche Eingriffe der EU in nationales Steuerrecht und wirtschaftliches Geschehen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer in Verbindung mit Mindeststeuersätzen	Zustimmung zur GKKB; Ablehnung von Mindeststeuersätzen, die Konsensbereitschaft zur Steuerpolitik mindern
Besteuerung der digitalen Wirtschaft, falls bis Ende 2020 keine OECD-Lösung verhandelt werden kann, begrenzt auf Datenweitergabe für Werbezwecke	Ablehnung: EU-Unternehmen werden besonders belastet, EU-Verhandlungen mit den USA erschwert
Schärferer Kampf gegen Steuerflucht: automatische Meldepflichten für Banken, Einfrieren verdächtiger Guthaben, verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung, Aufbau einer Sondereinheit gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung	Maß halten – es ist bereits sehr viel geschehen, das muss jetzt wirken und evaluiert werden

Steuerpolitik

Einbeziehung der EU-Kommission in den Austausch länderbezogener Steuerdaten von Unternehmen	Zustimmung mit Vorbehalt. Das Steuergeheimnis muss gewahrt bleiben.
Einführung einer Finanztransaktionsteuer nur auf Aktienhandel im Inland, deren Einnahmen der EU zufließen sollen	Ablehnung wg. Belastung von Aktiengesellschaften und auf Aktien basierenden Vermögensaufbaus sowie Steuerlast-Erhöhung und Lastenumverteilung in der EU
Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen in der EU	Ablehnung: Gefahr unverträglicher Eingriffe in nationale Steuersysteme und wirtschaftliche Belange

8 Industrie stärken

Eine „aktive und strategische“ Industriepolitik wird nicht viel bringen, wenn die Industrie gleichzeitig anderswo belastet wird

Die SPD befasst sich in ihrem Wahlprogramm konkret mit Industriepolitik, es fehlt jedoch ein Bekenntnis zur Industrie sowie das Ziel, die Industrie zu stärken. Gefordert wird eine „aktive und strategische“ Industriepolitik mit dem Anspruch einer „demokratischen, sozialen und ökologischen Steuerung“. Auch wenn die Vorschläge wenig konkret sind, verbirgt sich dahinter das Ziel, durch Interventionen lenkend in das Marktgeschehen einzugreifen. Solche Interventionen sind in der Sozialen Marktwirtschaft aber nur bei Vorliegen von Marktversagen gerechtfertigt. Den grundsätzlichen Anspruch der SPD, dass Herausforderungen wie z. B. Digitalisierung, Globalisierung oder Dekarbonisierung nicht allein dem Markt überlassen werden dürften, sehen wir kritisch.

Zwar will die SPD richtigerweise Europa zu einer führenden, von Drittstaaten unabhängigen, Innovationsregion machen. Auf der anderen Seite enthält das Wahlprogramm der SPD in anderen Politikbereichen zahlreiche Forderungen, die die Wettbewerbsfähigkeit und damit auch die Innovationskraft der Industrie schwächen. Dies betrifft z. B. die Forderungen nach einer verbindlichen europäischen Sozialagenda, nach einer Mindestbesteuerung von Unternehmen, nach einem Ausbau der Tarifbindung und Ausweitung der Mitbestimmung oder nach dem Festhalten am starren 8-Stunden-Arbeitstag.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Aktive und strategische Industriepolitik, gemeinsame industriepolitische Modellprojekte	Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, sind europaweite Kooperationen sinnvoll. Es darf aber zu keiner interventionistischen, lenkenden Industriepolitik kommen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, Markteingriffe behindern die Effizienz.
Begleitung und Gestaltung der Transformation der Leitbranche Automobil	Es ist zu begrüßen, dass sich die SPD der Bedeutung der Automobilindustrie bewusst ist und sie als Ziel hat. Die Unterstützung der Branche muss aber durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen erfolgen. Das SPD-Ziel, durch eine aktive Industriepolitik für neue Geschäftsmodelle und Angebote zu sorgen, ist abzulehnen. Dies ist Aufgabe der Unternehmen.

Industrie stärken

Europäischer Innovationsrat (EIC) zur Förderung disruptiver Ideen und Konzepte	Eine solche Förderung ist grundsätzlich sinnvoll. Entscheidend ist aber die Zusammensetzung eines solchen Rats. Hier müssen neben der Politik auch Wirtschaft und Wissenschaft vertreten sein.
Investitionen in F+E von 3 Prozent des BIP in alle Mitgliedsstaaten	Eine solche Vereinbarung ist geeignet, die Innovationskraft und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu stärken.
Einführung eines Mindestniveau der Besteuerung, Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland auf 12 Euro und auf mindestens 60 Prozent des Medianeinkommens in allen EU-Staaten, Ausweitung der Mitbestimmung und Erhöhung der Tarifbindung, Verteidigung des 8-Stunden-Tags	All dies sind Maßnahmen, die die Kosten für die Unternehmen erhöhen und ihre Flexibilität einschränken. Die Folge ist eine verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit im globalen Umfeld. Die Industrie ist hiervon besonders betroffen, da sie in besonderem Maße im internationalen Wettbewerb steht.

9 Internationale Handelspolitik

Bekanntnis zum offenen Welthandel ist positiv, gleichzeitig setzt die SPD aber auf protektionistische Instrumente zum sozialen Schutz

Die sozialen Belange haben für die SPD Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Interessen. Zum einen fordert die SPD zwar, Europa solle ein weltweites Beispiel für fairen und freien Handel sein. Basis hierfür sei eine Stärkung der WTO. Freihandel soll sozial, ökologisch und transparent gestaltet werden. Er soll aber vor allem auch dafür genutzt werden, Wohlstand gerechter zu verteilen. Insgesamt befasst sich die SPD zu wenig mit internationaler Handelspolitik, diese wird vor allem als Instrument gesehen, um soziale Anliegen abzusichern. Gefordert wird die sanktionierbare Einbindung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, der Schutz heimischer Arbeitsplätze durch Handelsschutzinstrumente sowie ein EU-Aktionsplan „Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Schutz heimischer Arbeitsplätze vor Handelsstreitigkeiten durch Handelsschutzinstrumente	Ablehnung; keine Einführung neuer Handelsschutzinstrumente notwendig. An was es fehlt, sind nicht Reaktions- und Vergeltungsmöglichkeiten, sondern ein einheitliches geschlossenes Handeln in der EU.
Sanktionierbare Einbindung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und Klimaabkommen in Handelsabkommen	Ablehnung; der Abschluss von Handelsabkommen würde zusätzlich erschwert, wenn er mit weiteren Themen belastet würde.
EU-Aktionsplan „Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“	Ablehnung; bei globaler Arbeitsteilung laufen Unternehmen Gefahr, sich wegen von ihnen nicht steuerbarer Gegebenheiten entlang ihrer Lieferkette unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt zu sein.
Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsarbeit, schwerwiegenden Arbeitsunfällen und Kinderarbeit	Zustimmung; Menschenhandel, Zwangs- und Kinderarbeit sind zu bekämpfen, auch einen Schutz vor schwerwiegenden Arbeitsunfällen muss es geben.

10 Migration

Der Ansatz der SPD deckt sich größtenteils mit den Forderungen der vbw

Die Analyse der SPD zur Lage der weltweiten Migration ist zutreffend. Die generellen Forderungen zu einer einheitlichen europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik werden dem gerecht. Auch in den Forderungen der fairen Entwicklungszusammenarbeit, der Bekämpfung der Fluchtursachen und dem Schutz der europäischen Außengrenzen sowie der Bekämpfung von Schlepperbanden stimmt die vbw mit der SPD überein. Der Punkt der Vereinheitlichung von Asylverfahren entspricht der vbw Forderung nach einem umfassenden Gemeinsamen Europäischen Asylsystem. Die Forderung nach einer Reform des Dublin-Systems ist in diesem Zusammenhang nicht neu und begleitet die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik seit vielen Jahren. Während diese Forderung auf einen breiten Konsens innerhalb der Parteienlandschaft Deutschlands trifft, wären Details zur Ausgestaltung einer möglichen Reform, die im Konzept der SPD leider fehlen, wünschenswert – gerade im Hinblick auf die Fehlversuche der letzten Monate.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Reform des Dublin-Systems	Zu befürworten, Details zur Ausgestaltung wünschenswert
Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren	Zu begrüßen
Mit Entwicklungszusammenarbeit Fluchtursachen bekämpfen	Zu befürworten
Schutz der europäischen Außengrenzen und Bekämpfung von Schlepperbanden	Zu befürworten, Details zur Ausgestaltung wünschenswert

11 Bildung

Europäischer Korridor für Mindestausbildungsvergütung und eine Ausbildungsplatzgarantie für unter 25-Jährige sind kontraproduktiv

Die SPD hat sich zum Ziel gesetzt, „einen Kontinent der guten Arbeit zu schaffen“. Die Punkte, in denen die SPD die europäische Gemeinschaft durch grenzüberschreitende Bildungsangebote konkret erfahrbar machen und die duale Ausbildung stärken will, decken sich mit den Forderungen der vbw. Aber: Die Einführung eines europäischen Korridors für eine Mindestausbildungsvergütung sowie ein Sofortprogramm für Garantie eines Ausbildungsplatzes für unter 25-Jährige sind aus Sicht der vbw deutlich abzulehnen.

Vorhaben

vbw Bewertung

Ausbildung

Einführung eines europäischen Korridors für eine Mindestausbildungsvergütung (MiAV)

Die Festlegung eines Korridors ist nicht zuletzt aufgrund der Tarifautonomie und der regional und branchenspezifisch unterschiedlichen ökonomischen Situationen in den Mitgliedsstaaten völlig verfehlt und klar abzulehnen.

Sofortprogramm für Garantie eines Ausbildungsplatzes für unter 25-Jährige

Ist abzulehnen da eine verordnete Ausbildungsplatzgarantie an der betrieblichen Realität und jener der unter 25-Jährigen vorbei gehen würde.

Stärkung der dualen Ausbildung in Europa

Verständigung über Mindeststandards grundsätzlich zu begrüßen; eine standardmäßige automatische Anerkennung von Qualifikationen ist jedoch abzulehnen.

Aufstockung der Mittel für die Jugendgarantie

In Deutschland bestehen im SGB II und III schon zahlreiche Möglichkeiten, um Jugendliche in ein Jobangebot oder eine arbeitsmarktorientierte Weiterbildungsmaßnahme zu vermitteln. Die Aufstockung der Mittel in anderen EU-Staaten ist grundsätzlich zu begrüßen, darf aber nicht vorgegeben werden.

Bildung

Struktureller Ausbau des Jugendförderprogramms Erasmus+	Grundsätzlich zu begrüßen aber der Fokus muss auf der bedarfsgerechten Ausstattung liegen, nicht nur auf dem Ausbau.
---	--

Weiterbildung

Förderung der Weiterbildung	Zu begrüßen, um die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mitgliedsstaaten zu fördern.
-----------------------------	--

Hochschule
Bewertung

Erasmus+ ausweiten und mit mehr Mitteln ausstatten	Grundsätzlich positiv, da die Internationalisierung gestärkt wird, es werden aber auch viele finanzielle Mittel gebunden.
--	---

Bologna-Konferenz zu einer Europäischen Hochschulkonferenz weiterentwickeln	Abzulehnen, die Schaffung einer neuen Institution ist für den bereits stattfindenden Austausch in der European University Association nicht notwendig
---	---

Einheitlicher europäischer Studiausweis	Unnötig, Studiausweise werden immer von der jeweiligen Hochschule ausgestellt und sind bereits heute in allen EU-Ländern gültig / anerkannt.
---	--

Ansprechpartner / Impressum

Raimo Kröll

Büroleiter des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104

Telefax 089-551 78-106

raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich auf alle Geschlechter. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und ohne jede Diskriminierungsabsicht wurde an einigen Stellen auf eine Bezeichnung mit dem Genderstern * verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw April 2019